

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, begrüßt die Entscheidung des Frankfurter Sozialgerichts zur Anordnung der Bundesanstalt für Arbeit. Seite 1

Hermann Scheer MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses, erläutert die jüngsten Sitzungen der WEU-Gremien in Paris. Seite 3

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandssprecher, sagt, was von Kohls Ausflug ins Trainingslager der Nationalmannschaft zu halten ist. Seite 4

Manfred Reimann MdB fordert ein Konzept gegen Pseudokrupp. Seite 5

Sepp Klasen MdL weist auf einen neuen Asylskandal in Bayern hin. Seite 6

Dokumentation

Erich Wolfram schrieb an Lothar Späth: "Entschuldigung gefordert wegen der Diffamierung des Reviere". Seite 7

39. Jahrgang / 112

13. Juni 1984

Franke muß jetzt handeln

Das Frankfurter Sozialgericht - ein Lichtblick in der aktuellen Auseinandersetzung

Von Egon Lutz MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Es gibt sie also doch noch - die Richter, die gesetzliche Regelungen anwenden und sie nicht Stück für Stück umwandeln beziehungsweise korrigieren! Das Frankfurter Sozialgericht hat unter Vorsitz der Richterin Reuter gestern in einer bemerkenswerten Entscheidung dem Antrag der IG Metall auf einstweilige Anordnung gegen den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit Franke stattgegeben. Damit ist der per Schnellbrief an die Arbeitsämter Mitte Mai ergangene Franke-Erlaß vorerst ausgesetzt, mit dem mittelbar vom Streik betroffenen Arbeitnehmern jede Unterstützung durch die Arbeitsämter verweigert wurde. Dies war und ist also nach Ansicht des Frankfurter Gerichtes rechtswidrig.

Die Tragweite dieser Entscheidung wird deutlich insbesondere bei einem Blick auf die Rechtsprechung der letzten Jahre. Im Juni 1980 entschied das Bundesarbeitsgericht, den Schwerpunktstreik der Gewerkschaften zwar

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Printed in Germany
with vegetable based ink
Recycling-Paper



nicht zu verbieten, ihn aber enorm zu verteuern. Der Arbeitgeberseite wurde die Möglichkeit einer Eskalation des Arbeitskampfes mit Hilfe der sogenannten Abwehraussperrung eingeräumt. Und im Dezember des selben Jahres wurde festgeschrieben, daß auch Aussperrungsfolgekosten zusätzlich zu den für die Gewerkschaften abseh- und kalkulierbaren Streikfolgekosten zu Lasten der Arbeitnehmerseite verlagert werden. Die Beschäftigten hätten nicht nur für die Streik-, sondern auch für die Aussperrungsfernwirkungen das Lohnausfallrisiko als "Arbeitskampfrisiko" zu tragen.

Vor diesem Hintergrund hebt sich die gestrige Entscheidung der Richterin Reuter und ihrer Beisitzer in erfreulicher Weise ab.

Der IG Metall und ihren Mitgliedern gebührt denn auch Dank und Anerkennung; sie haben es nicht bei verbalen Protesten gegen die Franke-Entscheidung belassen, sondern im Vertrauen auf unseren Rechtsstaat die Sozialgerichtsbarkeit angerufen. Und sie haben einen wichtigen Erfolg für alle Arbeitnehmer erzielen können. Denn nach wie vor gilt: Wenn den "Kaltausgesperrten" Arbeitslosengeld, -hilfe oder Kurzarbeitergeld verweigert wird, besteht die vielbeschworene Chancengleichheit in Tarifaussinandersetzungen wirklich nur noch auf dem Papier.

Von Präsident Franke muß man nun erwarten, daß er durch eine unverzügliche Sicherstellung der Auszahlung des Kurzarbeitergeldes zeigt, daß er es ernst gemeint hat mit seiner Mitteilung, die Verweigerung des Kurzarbeitergeldes sei ihm nicht leicht gefallen, da sie eine große Zahl von Arbeitnehmern in ernste finanzielle Schwierigkeiten stürzen werde. Will er glaubwürdig bleiben, muß er sich zum einen auf seine Neutralitätspflicht im Tarifkampf rückbesinnen und zum anderen seinen oben genannten schönen Worten Taten folgen lassen.

(-/13.6.1984/ks/va)

+ + +



Den europäischen Pfeiler der NATO stärken

WEU: Chancen für einstimmiges Konzept der Abrüstung

Von Hermann Scheer MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und
Mitglied des Ausschusses für Verteidigung und Rüstungskontrolle
der Westeuropäischen Union

Mit der gestrigen Sitzung des Ministerrates der WEU, der sich eine gemeinsame Sitzung des Ministerrats mit dem Verteidigungsausschuß und dem Politischen Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung anschloß, ist eine "Reaktivierung" dieser Organisation eingeleitet worden. Eigentlich handelt es sich erstmals um eine tatsächliche Aktivierung dieser europäischen Verteidigungsorganisation, die vor 30 Jahren einmal gegründet wurde, um eine Kontrolle der der Bundesrepublik auferlegten Rüstungsbeschränkungen sicherzustellen und deren gemeinsame Verteidigungsaufgaben von der NATO übernommen wurden.

Die jetzt betriebene Reaktivierung der WEU kann eine große Chance sein, um den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken und die westeuropäische Integration auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik zu vertiefen. Daß unter den vielen vorhandenen europäischen Institutionen dafür die WEU als Plattform ausgewählt wurde, hängt damit zusammen, daß in der WEU alle Beteiligten auch zugleich NATO-Mitglieder und damit zu einer besonderen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit besser prädestiniert sind. Hinzu kommt, daß neben dem Ministerrat, der jetzt ein stärkeres Gewicht erhalten soll, in der WEU auch eine eingespielte Parlamentarische Versammlung existiert, die sich aus Vertretern der nationalen Parlamente zusammensetzt. Die Stärkung der WEU kann somit ein Instrument zur "Selbstbehauptung Westeuropas" werden. Deshalb wird dieses grundsätzliche Anliegen von der SPD begrüßt.

Dies bedeutet jedoch keine automatische Zustimmung der SPD zu jedem Schritt, der mit Hilfe der WEU künftig eingeleitet werden könnte. Am Beginn der Neukonstituierung der WEU gilt es, vor einem Weg zu warnen, der sich eine Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO nur durch eine militärische Aufrüstung vorstellen kann. Es gibt nicht wenige, die eher für ein Europa der Aufrüstung als der Abrüstung plädieren. Neben dem Aufrüstungsfaktor Sowjetunion und den Aufrüstungsfaktor USA darf nicht auch noch ein westeuropäischer Aufrüstungsfaktor hinzukommen. Stattdessen muß die reorganisierte WEU auf der Grundlage der positiven Erfahrungen der europäischen Entspannung der vergangenen 15 Jahre einen wesentlichen Beitrag leisten, um Europa durch eigene koordinierte Beiträge zu einer Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung fähig zu machen.

Ein erster Schritt wird dazu sein, die vorhandene Rüstungskontrollagentur der WEU, deren Aufgabe in der Kontrolle der eigenen Mitgliedsländer bestand, zu einem WEU-Abrüstungsamt umzugestalten. Die SPD wird dazu konkrete Vorschläge unterbreiten. Ein solches europäisches Abrüstungsamt könnte dazu dienen, das unverbundene Nebeneinander verschiedener Rüstungsbegrenzungsverhandlungen in Genf, Wien und Stockholm zu einem in sich stimmigen Konzept zu verbinden. (-/13.6.1984/ks/va)

+ + +



G L O S S E"Kohl und Derwall - ein Traumpaar"

Von Wolfgang Clement
SPD-Vorstandssprecher

Helmut Kohl im Trainingslager der deutschen Fußballnationalmannschaft, eigens mit dem (vom deutschen Steuerzahler finanzierten) Hubschrauber eingeflogen: Eine nette Geste des deutschen Regierungschefs. Und die Jungs, das wissen wir alle, Jupp Derwall zumal, die können Zuspruch brauchen.

Und der Kanzler schließlich auch: Vom Weltwirtschaftsgipfel in London hat er nichts mitgebracht. In der internationalen Politik hat er überhaupt wenig zu bestellen. Da will er wenigstens dabei sein, wenn jenseits unserer Grenzen das runde Leder rollt.

Und die Fernsehanstalten sind liebevoll eingestiegen: Kohl bei den Kickern auf beiden Kanälen, in sämtlichen Nachrichtensendungen. Ein Erfolgserlebnis für Peter Boenisch, und für uns alle auch, denn wir durften den Kanzler wieder einmal Aussagekräftiges reden hören. Originalton Kohl, seine Jugend betreffend: "Die Vorstellung, mal ins Lager der Nationalmannschaft zu gehen, das war schon eine Vorstellung, die für mich ganz ferne lag."

Aber keiner soll sagen, der Kanzler werde nicht aus Erfahrung klug. Wir erinnern uns: Beim deutschen Pokalfinale in Frankfurt waren die Zuschauer noch so undankbar, dem Bonner Regierungschef einen Dankzettel zu verpassen und ihn mit Pfiffen und Buhrufen in die Kabine zu schicken.

Im Trainingslager in Frankreich war dafür jetzt alles ganz anders. Da gab es nur die Elitekicker, die Fotografen und die Fernsehkameras für Helmut Kohl. Und nur einer unserer Nationalhelden soll bemerkt haben, der Kanzler könne in St. Germain-en-Laye so ganz nebenbei einen Wahlkampftermin wahrgenommen haben. Europawahlen und Europameisterschaft - da war doch was?

Das Fernsehen, sonst recht pingelig, wenn's um Wahlkampfengagements anderer (selbst der eigenen Mitarbeiter) geht, machte es möglich: Kohl live und doch exklusiv. Das war so hautnah, daß sich einem geradezu aufdrängt zu fragen, was wir bloß für Staatsmänner haben. Vom Welttheater zur Provinzposse: Ronald Reagan, dem der Londoner Gipfel eine gute Gelegenheit war, seine Wahlkampfshow abzuziehen. Und nun Helmut Kohl, der Mann mit dem Blick für's Wesentliche: Einer, der sich bereit hält, Jupp Derwall als Reserve-Mittelläufer beizuspringen.

Kohl und Derwall - ein Traumpaar. Der "Jupp" hat nichts dabei gefunden: "Schließlich spielen wir für Deutschland", soll er gesagt haben. Richtig. Und Helmut Kohl tut das auch. Nur: Wer macht unterdessen bei uns welche Politik, und wer führt die zerfleddernde Regierungsmannschaft in Bonn? Es soll inzwischen sogar schon in der Bonner Koalition Leute geben - in Helmut Kohls nächster Nähe, also nicht bloß Franz Josef Strauß -, die diese Fragen mit zunächst nagendem, jetzt hörbar wachsendem Zweifel stellen.

(-/13.6.1984/ks/va)

+ + +



Geißler hat kein Konzept

Pseudokrupp: Vertrösten, verschweigen und wegschieben

Von Manfred Reimann MdB

Die Antworten der Bundesregierung auf meine parlamentarische Anfrage zur gefährlichen Kindererkrankung Pseudokrupp machen deutlich: Das Familienministerium wurstelt einfach ohne Konzept vor sich hin. So fällt auf, daß die ursächliche Bekämpfung von Pseudokrupp und dessen medizinische Erforschung völlig außer acht gelassen werden.

Gerade der jüngste Fall bei Giuliani in Ludwigshafen macht deutlich, wie wichtig es ist, bei den Ursachenfaktoren anzusetzen. Ich habe mich deshalb in der Öffentlichkeit für ein Frühwarnsystem in der chemischen Industrie ausgesprochen, welche bei Giuliani die Menschen vor Schaden bewahrt hätte.

Zumindest hätten die Betroffenen, das heißt Eltern, Kinder und im weiteren Sinne auch Ärzte, vom zuständigen Familienminister Geißler erwarten können, daß er Initiativen und Maßnahmen mit bundesweiter Wirkung gegen Pseudokrupp ergreift.

Statt dessen wird der Ursachenfaktor Luftbelastung gar nicht beachtet und schlichtweg behauptet, "ein besonderer Forschungsbedarf" bestehe nicht - unter Hinweis auf die derzeit übliche Therapie mit dem nicht ungefährlichen Medikament Cortison, das zu schweren Leberschäden und Krebs führen kann. Statistiken oder Meldepflicht in Bezug auf Pseudokrupp werden einfach abgelehnt. Hier liegt ein eklatanter Verstoß gegen die Fürsorgepflicht gegenüber den schutzwürdigen Kindern vor. Mit dem eigenen Anspruch der CDU, familienfreundlich zu sein, läßt sich die fehlende Handlungsbereitschaft und das feststellbare Desinteresse kaum vereinbaren. Herr Minister Geißler verläßt sich offenbar lieber auf die Aktivitäten anderer, ohne selbst etwas Entscheidendes zur Bekämpfung und Erforschung von Pseudokrupp zu tun.

Der Eindruck drängt sich auf, daß er nur, um die Form zu wahren, nach langer Zeit öffentlicher Kritik auch von Seiten der Opposition, zu einem ersten Expertengespräch im Juli und einem ersten Treffen der Elterninitiativen eingeladen hat.

Insgesamt bleibt nur der Schluß, das Familienministerium nimmt die Ängste und Sorgen von Betroffenen durch Pseudokrupp nicht ernst genug. Es fehlt jegliches Konzept zur Bekämpfung und Erforschung von Pseudokrupp. (-/13.6.1984/ks/va)

+ + +



Die Grenzbehörden - Entscheidungskompetenz in Asylfragen?

Ein neuer, skandalöser Fall aus dem Verantwortungsbereich von Strauß

Von Sepp Klasen MdL

Das bayerische Innenministerium und seine nachgeordneten Behörden haben offensichtlich nichts aus dem Fall Cermak und Zilka gelernt. Anders ist nicht erklärbar, wieso von bayerischen Grenzbehörden in Bad Reichenhall fünf türkische Christen abgeschoben worden sind. Dieser Vorgang vom 20. Mai 1984 ist erst jetzt auf einer Tagung in Königstein/Taunus durch mehrere Rechtsanwälte, Sozialarbeiter und Theologen bekannt gemacht worden.

Die fünfköpfige Gruppe syrisch-orthodoxer Christen - ein Ehepaar mit einem Kleinkind sowie zwei jüngere Männer - war am späten Abend des 20. Mai über die Grenze bei Piding gegangen und dabei von Beamten der Grenzpolizei festgenommen worden. Obwohl die Türken offensichtlich um Asyl baten, wurden sie einen Tag später den österreichischen Sicherheitsbehörden überstellt, die sie zwei Tage später nach Istanbul schickten. Dies - obwohl wie vom Bundesverwaltungsgericht festgestellt -, in der Türkei Gruppenverfolgungen an Christen vorkommen.

Wir haben gedacht, daß die neuen Richtlinien, die nach Cermak und Zilka erlassen wurden, so etwas unmöglich machen. Darin ist eindeutig festgehalten, daß die Grenzbehörden keinerlei Entscheidungen auch nur über die Aufnahme eines Asylantrages treffen dürfen. Dies ist Sache der Ausländerämter, trotzdem wurde hier offensichtlich erneut von bayerischen Grenzpolizeibeamten eine Art Schlüssigkeitsprüfung eines Asylantrages vorgenommen. Genau das Gegenteil also von dem, was die neuen Richtlinien vorschreiben.

Wir Sozialdemokraten im bayerischen Landtag wollen nun wissen, was genau vorgefallen ist, und wir wollen vor allem erfahren, wie sich das Vorgefallene mit den neuen Richtlinien gerade für Asylsuchende an bayerischen Grenzen vereinbaren läßt. Darüber hinaus soll die Staatsregierung berichten, was aus dieser fünfköpfigen Gruppe geworden ist, von der seit ihrem Rückflug nach Istanbul vorläufig jede Spur fehlt.

(-/13.6.1984/ks/va)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

"Das sind schlicht ausgedrückt Lügen!"

Der Oberbürgermeister von Recklinghausen und SPD-Bundestagsabgeordnete Erich Wolfram hat brieflich seinen Protest gegen die negative Darstellung des Ruhrgebietes durch Broschüren Baden-Württembergs zum Ausdruck gebracht. Der SPD-Pressedienst dokumentiert das Schreiben Wolframs an Lothar Späth:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Wie ich heute erfahren habe, soll auf der Deutschen Leistungsschau in Tokio am 25. April dieses Jahres in Ihrem Beisein eine Broschüre Ihres Landes an japanische Investoren verteilt worden sein, in der der Standortvorteil von Baden-Württemberg angepriesen und über das Ruhrgebiet unter anderem folgende Aussagen gemacht worden sind:

- Das Ruhrgebiet liege im Sterben.
Verantwortlich dafür sei unter anderem die Interessenlosigkeit an der Reform seitens der Unternehmer im Ruhrgebiet.
- Das Ruhr-Revier, in dem nahezu planlos eine Stadt und Fabrik nach der anderen errichtet wurde, sieht heute so aus, daß die Städte, Wohnsiedlungen und Fabriken zwischen den Kohlehalden gerade noch existieren können.
- Im Ruhrgebiet gibt es kaum einen geeigneten Standort für eine Fabrik, auch wenn eine neue Industriebranche angelockt werden soll.
- Das Ruhrgebiet habe eine schlechte Lebensqualität und eine hohe Umweltverschmutzung. Die Hälfte der im Ruhrgebiet lebenden Arbeitslosen habe keine abgeschlossene Berufsausbildung, ein Drittel seien Kranke oder Körperbehinderte.
- Finanziell gehe es den Ruhr-Kommunen so schlecht, daß für eine Weile die Zahlungsfähigkeit befürchtet wurde.
- Das Ruhrgebiet leide unter Herzschwäche.

Das ist ein Skandal!

Das kann ein deutscher Ministerpräsident, der der CDU angehört, nicht gutheißen und nicht zulassen.

Das ist eine einmalige Diffamierung eines deutschen Bundeslandes, seiner Menschen, vor allem seiner Arbeitnehmer und Unternehmer!

Das sind - schlicht ausgedrückt - Lügen!

Sie, Herr Ministerpräsident, wissen es besser. So primitiv, so rücksichtslos kann man nicht Werbung für das eigene Land zu Lasten eines anderen deutschen Bundeslandes machen lassen.

Mit diesen Aussagen in seiner offiziellen Landes-Broschüre betreibt Baden-Württemberg unlauteren, unfairen Wettbewerb.

Was wäre - so frage ich Sie, Herr Ministerpräsident - aus Baden-Württemberg und der ganzen Bundesrepublik geworden, wenn nicht auf den Trümmern des Zweiten Weltkrieges unsere Bergleute und Stahlarbeiter unsere Wirtschaft wieder ans Laufen gebracht und die Voraussetzungen für den Wiederaufbau geschaffen hätten?

Wissen Sie, Herr Ministerpräsident und Ihre Public-Relations-Manager wirklich nicht,

- **welch erstklassige Infrastruktur das Ruhrgebiet hat;**



- wie industriell und handwerklich erfahren und qualifiziert die Menschen des Ruhrgebiets sind;
- wie hoch der Bildungs-, Kultur- und Freizeitwert des Ruhrreviers ist;
- wie hoch dank unserer Landes- und Kommunalpolitik die Lebensqualität des Reviers ist und
- wie gesund unsere Städte und Gemeinden sind?

Warum lassen Sie eine Diffamierung der Menschen eines ganzen Reviers, die hart arbeiten und stets an der ganzen Republik arbeiten, in dieser unerhörten Weise im Ausland zu?

Ich fordere Sie auf,

- unverzüglich die Broschüre einzuziehen und sich bei den Japanern und den Menschen an der Ruhr zu entschuldigen;
- in Zukunft die Vorteile und Vorzüge Ihres schönen und von uns vor allem als Urlaubsland geschätzten und frequentierten Landes Baden-Württemberg zu propagieren, aber kein anderes Bundesland, keine andere Region mehr diffamieren zu lassen.

Was würden Sie sagen, wenn alle Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte, Unternehmer und Gewerkschaften des Ruhrgebietes ihre Bürger und Mitglieder auffordern würden, ihren Urlaub nicht in Ihrem Bundesland zu verbringen und ihr gutes Geld dort auszugeben, das uns im fernen Ausland so schlecht macht. Respektieren Sie, Herr Späth, unser Selbstbewußtsein und unseren Stolz!

Wir geben Ihnen die Chance, diese ungeheuerere Provokation und Verleumdung einer ganzen Region wieder gutzumachen. Erklären Sie sich öffentlich!

Ich lade Sie in die Ruhrgebiets- und Ruhrfestspielstadt Recklinghausen ein. Ich zeige Ihnen unsere 750 Jahre alte, schöne Industriestadt.

Ich bringe Sie zusammen mit Arbeitslosen, Arbeitnehmern, Gewerkschaftern, Unternehmern und Rentnern - mit all den Menschen und Gruppen, die in so einmaliger Weise diffamiert worden sind.

Ich biete Ihnen eine öffentliche Diskussion, ein Streitgespräch, an. Vor einem solchen Forum könnten Sie am ehesten die unwahren Behauptungen in Ihren Landeswerbeschriften zurücknehmen, oder begründen und vertreten.

(-/13.6.1984/ks/va)

+ + +

